

Xanten, 28.04.2020

**„Sicherheitsstandards beweisen sich erst im Notfall.“** Unbekannter Verfasser

**Unsere Forderung: EXTREM-Abflüsse dürfen den Niederrhein nicht erreichen!**

## HWS-Rundbrief 3

Sehr geehrten Damen und Herren,

die *HochWasser- und InfrastrukturSchutz-Initiative (HWS)* lässt nicht locker und kämpft für die Zukunftssicherheit des niederrheinischen Lebensraums. Dessen Risiko durch diverse Studien 1) und durch Gesetze/Richtlinien 2) der Öffentlichkeit bereits vor 20 Jahren verdeutlicht wurde.

Wer glaubt, dass die Landesregierung NRW sich einer vorsorgendem Schadenverhinderung verpflichtet fühlt der sieht sich getäuscht. Die Landesregierung ist nicht mal bereit über unsere Anträge und Petitionen zur Lösung der bergbauinduzierten Lebensraumprobleme in einem bürgerkonformen Dialog einzutreten. Reaktionen von Seiten der Landtags-Parteien gibt es ebenfalls nicht! Dabei ist der Plan für einen schiffbaren Kanal seit Jahrhunderten in der Diskussion. 3)

Wir haben den Eindruck, dass die genannten Studienaufträge nur zur Beschäftigung der Wissenschaftler dienen und Leitenscheidungen für künftige Handlungen offensichtlich nicht beeinflussen. Wir beziehen uns dabei auf den Lebensraumschutz von über 1,5 Millionen Menschen und potenziellen Schäden von mehr als 100 Mrd. Euro (Stand 2000); einem integrierten Projekt mit der Zielrichtung einer Gerinneentlastung zur Sicherung Niederrheinischer Metropole im Zusammenhang mit der infrastrukturellen/logistischen grenzüberschreitenden Folgenutzung im Rheinischen Braunkohlegebiet nach 2038. Eine Aufgabe, die den Wirtschaftsstandort NRW festigt und nicht nur den künftigen Umwelt- und Klimaansprüchen Rechnung tragen wird.



**Frage:** Warum werden kostenintensive wissenschaftliche Studien injiziert und EU-Gesetze erlassen, wenn diese ohne Auswirkung auf die Sicherung der Gesellschaft sind?

**Fazit:** Ein klimabezogenes Großschadensereignis für den Siedlungs- und Wirtschaftsraum Niederrhein wird von der Landespolitik offensichtlich akzeptiert. Die Forderungen aus der Wirtschaft, dem Verkehrswesen und dem Umweltschutz sind unüberhörbar. Den vernetzten Abhängigkeiten untereinander ist Rechnung zu tragen. Die Etablierung eines Lehrstuhls für „Infrastrukturgeschichte“ ist längst überfällig.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.nr-feldmann.de> (Neufassung ab März 2020)

## Begründung

Das Gefährdungspotenzial am bergbaubetroffenen Niederrhein ist bekannt. Doch wehe, wenn der Rhein nicht in seinem Bett bleibt. Wenn Hochwasser/Starkregen nicht aus den bergbauinduzierten Mulden abfließen kann und unseren Lebensraum nicht nur durch Schadstoffe und Dauervernässung unbewohnbar macht.

Diese Gefährdungen sind der Öffentlichkeit nicht bewusst. Weil das Wissen darüber nicht wachgehalten wird und Erkenntnisse aus den Studien der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Bergbaufolgen lassen sich nicht heilen. Der Staat gibt im BBergG viele Rechte dem Betreiber allzu oft zum Nachteil der Öffentlichkeit. Allein sich auf den Deichschutz zu verlassen grenzt an Leichtsinn! Das Wasser kommt irgendwann (mit Macht), das sagt uns die Geschichte! „Vorsorge zur Schadensverhinderung“ empfiehlt uns die Landesregierung indem sie Gefahren- und Risikopläne veröffentlicht. Einen Plan zur Risikominderung hat sie nicht!

Gerne erfahren wir hierzu Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen,



## Anmerkungen

- 1) RWTH Aachen: **Potenzielle Hochwasserschäden am Rhein in NRW 2000**  
Arbeitsgruppe Hochwasser: **Grenzüberschreitende Auswirkungen von extremem Hochwasser am Niederrhein 2004**
- 2) **EU-Hochwasserrisiko-management-Richtlinie 2007:** Vorsorge zur Schadensverhinderung, Umsetzung in Nationales Recht  
**BIM: Schutz Kritischer Infrastrukturen – Risiko und Krisenmanagement 2011**
- 3) Schröder, Dr. Lina: **Der Rhein-(Maas-)Schelde-Kanal** als geplante Infrastrukturzelle von 1946 bis 1985: Eine Studie zur Infrastruktur- und Netzwerk-Geschichte, Münster 2017 (Studien zur Geschichte und Kultur Westeuropas).

